



Nach der etwas unübersichtlichen Botschaft der letzten Woche zur grünen Bewertung der Lage in der Ukraine möchte ich hiermit meine persönliche Einschätzung kundtun.

In weiten Teilen stehe ich zu dem von unserem Bundesvorstand gefassten [Beschluss vom 17.März 2014](#), insbesondere zu den Punkten 1, 2, 3 und 6.

Das Referendum auf der Krim war sowohl verfassungswidrig als auch völkerrechtswidrig, ebenso wie die Präsenz russischer Truppen auf der Krim außerhalb ihrer eigenen Stützpunkte. Russland selbst hatte 1994 eine Garantie für die territoriale Integrität der Ukraine abgegeben und diese so zur Übergabe der Atomwaffen veranlasst. Dass Putin nun die Verletzlichkeit der Ukraine ausnutzt, macht die Annexion der Krim umso verwerflicher.

Die Punkte 4 und 5 sehe ich zum Teil anders.

Ich glaube, wir machen uns was vor, wenn wir annehmen, dass in erster Linie rechte nationalistische Kräfte in Russland die Politik von Putin unterstützen. Wir müssen leider zur Kenntnis nehmen, dass Putin von einer überwältigenden Mehrheit in der russischen Bevölkerung bei seinem Vorgehen auf der Krim unterstützt wird, was sicher durch die massive Propaganda verstärkt wird, aber nicht allein darauf beruht. Auch sind nicht alle prorussischen Demonstranten in der Ostukraine aus Russland gesteuerte Provokateure. Es macht vielmehr den Eindruck, als hätte keiner der staatlichen Akteure die Situation noch wirklich unter Kontrolle. Das staatliche Gewaltmonopol scheint der ukrainischen



Übergangsregierung eher entglitten zu sein, was die Lage umso gefährlicher macht.

Keinesfalls darf Russland militärisch auf das Gebiet der Ukraine im Osten des Landes eindringen, auch wenn es dort zur Gewalttätigkeiten kommen sollte!

Es ist daher sinnvoll, eine OSZE-Mission in die Ukraine zu entsenden zur Beobachtung der aktuellen Entwicklung als auch zur Beobachtung der Wahlen am 25.05..

Es ist zu bedauern, dass der von den drei Außenministern Polens, Frankreichs und Deutschlands vermittelte Kompromiss und die Einsetzung einer Regierung der nationalen Einheit in Kiew nicht durchgesetzt werden konnte. Die anschließende Absetzung von Janukovic erfolgte leider ohne die in der Verfassung vorgesehene  $\frac{3}{4}$  Mehrheit im Parlament.

Es ist daher umso wichtiger, die Durchführung demokratischer Wahlen durchzuführen und mit dem Abschluss des Assoziierungsabkommens zu warten, bis dafür eine demokratisch legitimierte Regierung zur Verfügung steht. Gleiches gilt für Vertragsabschlüsse mit dem IWF.

Die Einhaltung von nationalem und internationalem Recht ist umso wichtiger, wenn die andere Seite dessen Geltung in Frage stellt.

Es war ein schwerer Fehler der Übergangsregierung, den Versuch zu unternehmen, Russisch als Amtssprache abzuschaffen. Die EU sollte die ukrainische Regierung auffordern, rechtsradikale Akteure aus hohen Regierungsämtern und Führungsfunktionen der Sicherheitskräfte zu entfernen, um zur Deeskalation beizutragen.



Wenn überhaupt kann eine militärische Eskalation nur durch direkte Gespräch zwischen Russland und der Ukraine vermieden werden. Sowohl die nationale Souveränität der Ukraine als auch die Sicherheitsinteressen Russlands müssen in diesen Gesprächen Berücksichtigung finden, wenn sie zum Erfolg führen sollen. Wer auch immer hier vermitteln sollte, braucht einen kühlen Kopf, viel diplomatisches Geschick und eine ruhige Sprache. Mit gegenseitiger Rechthaberei ist noch kein Konflikt gelöst worden.

Ich sehe derzeit vor allem den deutschen Außenminister in dieser Rolle und wünschen ihm von ganzen Herzen viel Erfolg dabei.